

## **20 Thesen zur Haushalts- und Finanzwerkstatt von Bündnis 90/ Die Grünen**

- 1.** Schulden sind eine gute Sache. Ohne Vorfinanzierung auf Kredit wäre die kapitalistische Produktion nie in Gang gekommen. Ohne sich ausweitenden Anschlusskredit kann sie nicht am Laufen gehalten werden. Ohne Kreditschulden kein Wirtschaftswachstum.
- 2.** Schulden und Kredit sind eine Wette auf die Zukunft. Kredite sind ein ungedeckter Scheck auf zukünftige (real)wirtschaftliche Einnahmen des Schuldners. Bank und Kreditnehmer wetten gemeinsam darauf, dass diese Einnahmen in der angenommenen Größenordnung eintreten werden.
- 3.** Zuviel Schulden sind eine schlechte Sache. Wer seinen Schuldendienst nicht leisten kann, geht pleite. Auf Bankenseite ist eine gewisse Ausfallrate einkalkuliert. Wenn aber zu viele Schuldner in unerwarteten Größenordnungen ihren Schuldendienst nicht leisten können, reißen sie die Banken mit in den Bankrott.
- 4.** Was sind zuviel Schulden? Niemand weiß das ganz genau. Wenn wir es wüssten, wäre die Finanzkrise nicht passiert. Fest steht: Es sind zu viele Hausbesitzer, Unternehmen und Staaten, die ihre Schulden in kritischer Größenordnung nicht mehr bedienen können. In der Folge bewegt sich das ganze Kreditsystem am Rand des Kollaps.
- 5.** Hat Berlin zuviel Schulden? Aus Sicht des Finanzmarkts noch nicht. Anders als Griechenland, Irland und andere bekommt Berlin weiterhin Kredit zu annehmbaren Konditionen. Allerdings ist diese Stärke nur geliehen. Der Finanzmarkt geht davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland für die Berliner Schulden einsteht.
- 6.** Wir sollten in Deutschland die Grenzen des Schuldenmachens nicht austesten. Wenn die Schulden weiter schneller wachsen als das Bruttoinlandsprodukt, stellen sich irgendwann Zweifel an der Tragfähigkeit der Schuldenlast ein. Dann gehen die Zinsen drastisch in die Höhe und verschärfen die Haushaltsprobleme weiter. Und hinter uns steht niemand mehr mit dem Rettungsschirm.
- 7.** Für meinen Geschmack hat Berlin schon heute zuviel Schulden. 11 Prozent der Einnahmen des Landeshaushalts nur für Zinsen auszugeben, ist eine Menge Holz. 2,2 Milliarden Euro Zinsausgaben schränken unseren Spielraum für staatliche Leistungen spürbar ein. Alle dürfen mal kurz träumen, was sie alternativ mit diesen 2,2 Milliarden Euro machen würden. Und dann zurück in die Realität.

## **BerlinWerkstatt Haushalt /Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen Berlin**

04.12.2010, GLS CAMPUS Berlin, Kastanienallee 82, 10435 Berlin

8. Auch ist das Zinsänderungsrisiko längst zu hoch. Berlin hat 60 Milliarden Euro Schulden. 1 Prozent Zinserhöhung von derzeit 4 Prozent auf historisch überhaupt nicht ungewöhnliche 5 Prozent würden 600 Millionen Euro pro Jahr erfordern. Woher nehmen? Über zweistellige Prozentsätze wie in Griechenland und den anderen Krisenstaaten denken wir lieber nicht nach.
9. Berlin hat 2010 ein Finanzierungsdefizit von 1,8 Milliarden Euro. Wir verhalten uns vorbildlich und drücken das Defizit durch strikte Haushaltskonsolidierung in den nächsten 10 Jahren auf Null. Dann steigt der Schuldenberg um 10 Milliarden auf 70 Milliarden Euro im Jahr 2020. Das macht 400 bis 500 Millionen Euro mehr pro Jahr an Zinslast, mit der die nächste Generation selbst im besten Fall zurechtkommen muss.
10. Haushaltskonsolidierung ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Was uns heute bedrückt, wird für die nächste Generation noch bedrückender, wenn das Schuldenmachen weiter geht. Wir wollen unseren Kindern nicht den brutalen Spardruck vererben, der heute in Griechenland oder Irland über die Menschen hereinbricht. Wir wollen die Lasten teilen und langsam umsteuern.
11. Gegenüber der Schuldenpolitik von Rot-Rot gilt. Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne intergenerationelle Komponente. Staatsausgaben, die erkennbar morgen oder übermorgen nicht mehr geleistet werden können, sind ihr Geld nicht wert.
12. Wirtschaft kann gut mit Geld umgehen und sonst recht wenig. In der Wirtschaft lautet das Erfolgskriterium, das am Ende zählt, ob aus dem vorhandenen Geld des Jahresanfangs am Jahresende mehr Geld geworden ist. Alle anderen hehren Unternehmensziele werden im Konflikt- und Zweifelsfall der Geldvermehrung geopfert.
13. In der Politik ist es umgekehrt. Politik kann nicht (gut) mit Geld umgehen. Die Währung der Politik sind freundliche Schlagzeilen, Massenzustimmung und Wählerstimmen. Diesem Ziel wird im Konflikt- und Zweifelsfall die solide Finanzpolitik geopfert. Das Ergebnis sind Schuldenberge, die in guten wie in schlechten Zeiten gleichermaßen steigen. John Maynard Keynes kann dafür nicht in Anspruch genommen werden.
14. Immerhin gibt es PolitikerInnen, die Homer gelesen haben. Dort fesselt sich Odysseus an den Mast seines Schiffes, um der Verlockung des Gesangs der Sirenen und seinen tödlichen Folgen zu entgehen. In der Finanzpolitik nennt man eine solche Selbstfesselung „Schuldenbremse“.
15. Das Wort „Bremse“ sagt es schon: Es geht nicht um Schuldentilgung oder gar Entschuldung, es geht nicht einmal um das Ende der Neuverschuldung. Es geht um die Begrenzung der Neuverschuldung mit dem Ziel, dass das Gewicht der Schuldenlast in Relation zum Bruttoinlandsprodukt Schritt für Schritt zurück geht

## **BerlinWerkstatt Haushalt /Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen Berlin**

04.12.2010, GLS CAMPUS Berlin, Kastanienallee 82, 10435 Berlin

und in der Folge auch der Zinsdienst in Relation zu den Staatseinnahmen weniger schwer wiegt.

16. Man kann das neue Schuldenregime gut oder schlecht finden. Es gilt, und es ist ziemlich wasserdicht. Wir werden uns in Zukunft nicht mehr zu fragen brauchen, ob wir sparen wollen, sondern nur noch wo und wie wir es machen. Das ist gewöhnungsbedürftig und dürfte für uns alle im konkreten Fall sehr überraschend sein. Niemand von uns hat in seinem Leben eine derartige politische Situation erlebt.
17. Die Fesseln des Odysseus wurden unter dem Schleier der Unwissenheit geschnürt, wann genau sie schmerzhaft einschneiden werden. Hätte die Politik sich die Schmerzen plastisch vorstellen können, hätte sie es nie getan. Was das für die Berliner Haushaltspolitik und die grünen Wahlschwerpunkte „Arbeit, Bildung, Klima“ heißt, wollen wir in der Finanzwerkstatt am 4.12.2010 diskutieren.
18. Hier nur soviel: Entscheidend für das strukturelle Defizit im Berlin Haushalt ist, dass Berlin aus eigener Wirtschaftskraft den hohen Ausstattungsgrad der öffentlichen Hand und der öffentlich geförderten Institutionen nicht tragen kann. Seit dem Entzug der Berlin-Hilfe kommt die Stadt trotz Sparbemühungen aus dem Haushaltsnotstand nicht heraus. Jetzt steht ihr der Abbau des Solidarpakts Ost in Höhe von 1,6 Milliarden Euro bevor.
19. Unter diesen Bedingungen ist an eine quantitative Ausweitung der Staatstätigkeit nicht zu denken. Wir müssen in den nächsten Jahren in etwa mit dem auskommen, was wir heute haben. Also sollten wir uns darauf konzentrieren, die Effizienz und Qualität der staatlichen und öffentlich geförderten Leistungen zu steigern, m.a.W. ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern.
20. „Berlin ist, wenn die Haushaltszahlen genauso rot sind wie die Regierung“, sagen sie im Radio. Das muss nicht so bleiben. Beides können wir ändern. Damit Berlin mehr wird als es im Augenblick ist.

**Jochen Esser, 29.11.2010**